

Erfolgsgeschichte(n) auf der Spur

Zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Sigrid Hupach (DIE LINKE) hat sich das Ressort Inneres und Kommunales der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag in Heilbad Heiligenstadt auf Informationstour begeben.

Seit über 20 Jahren gibt es nunmehr die Eichsfeldwerke. Begonnen hat es mit dem Verkauf von Kohle, berichtete Geschäftsführer Ulrich Gabel der linken Besuchergruppe. Nunmehr ist man in sechs Bereichen aktiv, hat 325 zu meist aus der Region stammende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und macht einen jährlichen Umsatz von 80 Millionen Euro. Die Holding bildet sich aus den Bereichen Bus, Entsorgung, Wasser, Projekt und Eichsfeldgas.

Die Werke befinden sich zu einhundert Prozent im Besitz des Landeskreises Eichsfeld. Insgesamt werden 80.000 Kundinnen und Kunden in allen Sparten durch den Betrieb betreut. Seit Gründung konnten fast 500 Millionen Euro Investitionen getätigt werden. Die letzte große Investition fand mit der Errichtung einer Biogasanlage in Weißenborn-Lüderode statt.

Diese Form eines kommunalen Unternehmens ist nach Kenntnis von Gabel mindestens thüringenweit, wenn nicht sogar in ganz Deutschland, einmalig. Durch einen steuerlichen Querverbund kann der Zuschuss des Kreises zum öffentlichen Personennahverkehr minimiert werden und somit eine Entlastung der Kreisumlage erfolgen.

Für die Landtagsabgeordnete Diana Skibbe, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im

Landtag, ist die Entwicklung der Eichsfeldwerke eine Erfolgsgeschichte und empfiehlt sich als Modellprojekt in der kommunalen Unternehmenslandschaft.

Beim anschließenden Treffen mit Wehrführer Heinz Anhalt und dem Jugendfeuerwehrwart Alexander Beck konnte sich die linke Delegation vom



engagierten Wirken der Freiwilligen Feuerwehr Heiligenstadt überzeugen, welche in diesem Jahr das 150. Jubiläum feierlich begeht. Das Durchschnittsalter der 54 Einsatzleute – unter ihnen drei Frauen – beträgt 25 bis 30 Jahre, von denen allerdings auf Grund persönlicher Arbeitssituationen zumeist nur die Hälfte an Einsätzen teilnehmen kann. Davon gibt es in jedem Jahr 300 bis 350. Auf Brandeinsätze entfallen dabei gut 30 Prozent. 10 bis 15 der Einsätze stehen im Zusammenhang mit Unfällen auf der nahen Autobahn. Alexander Beck konnte

berichten, dass man mittlerweile an allen Kindergärten der Stadt die Brand-schutzerziehung vornehme und dass gerade auch bei der Nachwuchsgewinnung Kinder mit Migrationshintergrund im Fokus stehen.

Dass der Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr in der Stadt hohe Anerkennung gezollt wird, zeigt sich nicht nur in der

im Verhältnis zu anderen Wehren erstklassigen technischen Ausstattung, sondern auch in der Tatsache, dass der Förderverein 120 Mitglieder hat. Mit einem Festgottesdienst am 29. August und einem Tag der offenen Tür am 31. August dieses Jahres werden die Feierlichkeiten zum 150. Jubiläum ihren Abschluss finden. Für Sigrid Hupach von der Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Gelegenheit, wieder einmal bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Heiligenstadt vorbei zu schauen.

Text und Foto: Matthias Gärtner ■

Landrat scheitert mit Vorstoß grandios

Mit einer Petition wollte der Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt die hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten abschaffen und durch ehrenamtlich Tätige ersetzen. „Dass er lediglich 135 der benötigten 1.000 Unterschriften erhalten hat, freut mich“, sagt die LINKE Landtagsabgeordnete Karola Stange. „Damit ist sein Anliegen, der Gleichstellungsarbeit in Thüringen nachhaltig Schaden zuzufügen, grandios gescheitert. Als vergiftetes Abschiedsgeschenk will Herr Holzhey die Gleichstellungsbeauftragten Isrid Müller noch von ihrem Amt abberufen, bevor er sich nach der Kommunalwahl freiwillig aus der Politik zurückzieht. Wir lassen gerade im Gleichstellungsausschuss prüfen, ob er damit die Vorschriften aus dem Gleichstellungsgesetz verletzt hat.“

Die Beauftragten brauchen nicht weniger, sondern mehr Ressourcen und Zeit und dürfen nicht mit anderen Aufgaben überlastet sein. Die LINKE hatte in ihrem Gesetzentwurf zur Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes vorgeschlagen, dass Gleichstellungsbeauftragte eine 100-Prozent-Stelle bekommen und sich nicht gleichzeitig noch um Datenschutz, ausländische oder ältere Mitbürger kümmern müssen. ■

„Kalivertrag: Tricksen, Täuschen“ Fortsetzung von S. 7

Es muss geklärt werden, wer auf Seiten Thüringens so unprofessionell und verantwortungslos gehandelt hat. Die LINKE hatte vor längerer Zeit den Bundestag eingeschaltet und keine aussagekräftigen Informationen erhalten. Es stelle sich die Frage, „ob und wie die Landesregierung und Behörden mit den anderen rechtlichen Ausstiegsmöglichkeiten umgegangen sind“. Der Landtag als Haushaltsgesetzgeber hat trotz verfassungsrechtlicher Informationsansprüche nie alle Fakten und Unterlagen auf den Tisch bekommen.

Die jetzt schon vorhandenen Anhaltspunkte, dass Steuergelder für Maßnahmen geflossen sind, die nicht zur Altlastenfreistellung gehören, müssen weiter verfolgt werden. Das betrifft auch die Details der praktischen Vertragsabwicklung. Die Rolle der einzelnen Vertragsparteien muss kritisch hinterfragt werden.

Daher ist die Anhörung im Umweltausschuss, zu der die LINKE einen umfangreichen Fragenkatalog und eine Liste von Anzuhörenden beigesteuert hat, von besonderer Bedeutung. Die globalen Freistellungen kamen unter Umgehung des Parlamentes zustande. Die Geheimhaltungsklausel im Kalifusionsvertrag führte zur faktischen arglistigen Täuschung des Landes Thüringen durch den Bund. Dass der Landtag

wegen der finanziellen Auswirkungen unter Offenlegung aller Verträge und Dokumente zwingend hätte beteiligt werden müssen, lässt sich auch aus Vergleichsfällen in anderen Bundesländern und Urteilen der Verfassungsgerichte entnehmen. Thüringen muss sich aus diesen skandalösen Freistellungsverpflichtungen endlich lösen, sonst muss es auf unabsehbare Zeit jährlich mindestens 20 Millionen Euro an einen Wirtschaftskonzern mit Milliardenumsatz zahlen. ■

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Mohrings WLAN-Kommunismus

Bei dieser Geschichte muss man etwas weiter ausholen. Nein, zuerst gilt es, ein Zitat voranzustellen, um das Folgende besser einordnen zu können: „Alle menschlichen Organe werden irgendwann einmal müde, nur die Zunge nicht.“ Gesagt hat das Konrad Adenauer, CDU. Dessen politischer Ururenkel Mike Mohring, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, kandidiert auch für den Kreistag Weimarer Land. Und hatte dabei eine Idee. Innerhalb der „Ideenschmiede Heimat“ der CDU sogar. Eine Idee, die er noch dazu flugs in den sozialen Netzwerken verkündete. Der heimatliche Ideenschmied Mike Mohring will nun also „freies WLAN auf öffentlichen Plätzen“.

Man soll die Ideen ja schmieden, so lange sie heiß sind – sagt eine alte (Ideen-)Schmiederegul. Diese Idee hier ist allerdings nicht mehr ganz so heiß, weil gar nicht mehr neu. Deshalb jetzt der versprochene Exkurs. Ein „Modellprojekt für kostenloses öffentliches WLAN in Thüringen“ hatte die Linksfraktion schon im Juli 2012 im Landtag gefordert – die Grundlage dessen, was der Heimat-Ideenschmied der CDU knapp zwei Jahre später vorschlagen wird. Im September 2012 debattiert man den Antrag im Plenum. Legendärer Höhepunkt des dortigen Gedankenaustauschs ist ein Zwischenruf von Volker Emde, immerhin Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion. Der hielt den Vorschlag der Linksfraktion nämlich, ausweislich des Protokolls, für eine „Kommunistische Herangehensweise“, um seine Ablehnung und die seiner Fraktion besonders deutlich zu machen. Ironie der Geschichte: Auf diesen kommunistischen Pfaden wandelt nun wohl auch Mike Mohring, folgt man jedenfalls Emdes Logik. Oder: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“ Das soll auch Adenauer gesagt haben. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.